



Landratsamt Fürth

Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 10. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 17.01.2022
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 09:59 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Stresemannplatz 11, Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Ausschussmitglieder

Kreisrat Biegel, Friedrich

Kreisrat Bischoff, Michael

Kreisrat Habel, Jürgen, 1. Bürgermeister

Kreisrätin Igel, Angelika

Vertretung für Frau Dr. Isabell Löschner

Kreisrätin Krach, Renate

Kreisrat Löbel, Christian

Kreisrat Obst, Bernd, 1. Bürgermeister

Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister

Kreisrätin Seifert, Adelheid

Kreisrat Zehmeister, Thomas, 1. Bürgermeister

Vertretung für Frau Birgit Huber

Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

Schriftführer/in

Verwaltungsangestellte Greger, Yvonne

Verwaltung

Döhler, Jörg Verwaltungsamtmann

Egerer, Klaus Dipl. Ing. (FH) M.Eng. Architekt

Eichner, Tobias Verwaltungsfachwirt

Gagel, Christian Verwaltungsfachwirt

Glass, Natalie Auszubildende

Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat

Maurer, Marco Verwaltungsamtsrat

Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor

Presse

Ehm, Harald Redakteur Fürther Nachrichten

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin

Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.

Kreisrat Pleyer, Claus-Georg

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2021 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 3 | Haushaltsberatungen | |
| 3.1 | Beratung über den Landkreishaushalt 2022 | 171/2021 |
| 3.2 | Anträge zum Haushalt 2022 | |
| 3.2.1 | Antrag Fraktion B´90 Die Grünen vom 12.01.2022; Servicestationen für Radfahrer an Schulen | 010/2022 |
| 3.2.2 | Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP zum Stellenplan | |
| 3.3 | Stellenplan 2022 | 168/2021 |
| 3.4 | Beschlussempfehlung über den Landkreishaushalt 2022 | 172/2021 |
| 4 | Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP vom 26.11.2021 zur Errichtung eines Behindertenrats | 164/2021/1 |
| 5 | Anfragen | |

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 10. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.0221 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gegen die Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.0221 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
--------------	---------------------

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 3	Haushaltsberatungen
TOP 3.1	Beratung über den Landkreishaushalt 2022

Zu Beginn der Beratungen verweist der **Vorsitzende** auf die große Konstanz des Haushalts. Durch die gestiegene Umlagekraft konnten höhere Ausgaben im Jugendhilfeeat und durch Tarifsteigerungen beim Personal aufgefangen werden. Positiv sei, dass der Hebesatz für die Bezirksumlage konstant bleibe. Während die Einkommensteuerbeteiligung zurückgegangen sei, verzeichne man auf Landkreisebene einen relativ starken Zuwachs in der Gewerbesteuer, nachdem Bund und Freistaat die Ausfälle der Gewerbesteuer in den Kommunen vollständig ausgeglichen haben. Durch diese Ausgleichsleistungen bringe man auch Stabilität in die Haushaltssituation der Kommunen. Er erklärt abschließend, dass alle Projekte, die sich die Gremien in den letzten Monaten vorgenommen haben, in den Haushalt aufgenommen werden konnten.

Bezogen auf den vor Weihnachten zugesandten Haushaltsentwurf informiert **Kreiskämmerer Martin Kohler** über Änderungen, die sich auf den Ergebnis- und den Finanzhaushalt auswirken. Zusätzliche Gelder werden für eine Schnittstelle zwischen dem neuen Bauamtsprogramm und dem DMS-System benötigt. Im Bereich Verkehrswesen besteht ein Mehrbedarf für den Pflichtumtausch der Führerscheine. Im Finanzhaushalt kommt es zu einer Änderung im Bereich des ÖPNV. Für die DFI-Anzeiger wird eine Erhöhung des Investitionsansatzes erforderlich. Der Ergebnis- und Finanzhaushalt ist auch nach diesen Änderungen weiterhin in jedem Jahr ausgeglichen. Zur Umlagekraft in den einzelnen Kommune führt er aus, dass sie in zehn Gemeinden gestiegen und bei vier Gemeinden rückläufig ist. Den deutlichsten Ausschlag verzeichne Zirndorf mit einer Steigerung von 13 Prozent. Er informiert über die größten positiven und negativen Faktoren für den Kreishaushalt und die Entwicklung des Schuldenstandes.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) dankt für die konstruktiven und tiefgreifenden Informationen. Er würdigt, dass die angezeigten Stellenmehrungen plausibel erscheinen und lobt die gute Personalentwicklung. Der allgemeine Haushalt im Verwaltungs- und investiven Bereich bilde die Schwerpunkte ab, die man gemeinsam miteinander erarbeitet habe. Er schlägt vor, die ausführlichen Reden zum Haushalt vor dem Kreistagsplenum zu halten.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) stimmt seinem Kollegen Michael Bischoff zu. Als Kreisrat bezeichnet er den Kreishaushalt als solide finanziert. Anerkennenswert sei, dass der Landkreis bei seinen Investitionen selbst in die Kreditaufnahme gehe.

Als Bürgermeister weist er darauf hin, dass der Landkreis trotz gleichbleibendem Hebesatz 2 Mio. € mehr vereinnahmt und davon die Stadt Zirndorf 1,7 Mio. € trägt. Er ist gegen das System der Umlagefinanzierung der Landkreise und könne daher dem Kreishaushalt nicht zustimmen. Er betont, dass ihm die Entscheidung zum Kreishaushalt noch nie so schwergefallen sei.

Der **Vorsitzende** entgegnet, dass von den zwei Millionen Mehreinnahmen 1,2 Mio. € direkt an den Bezirk weitergehen. Auch er fände es persönlich gut, wenn der Landkreis eigene Steuereinnahmemöglichkeiten hätte. Eine Gegenstimme im Gremium zu einem solide finanzierten Haushalt sei aber der falsche Ort. Eine solche Diskussion müsste auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände geführt werden. Er gibt zu bedenken, dass die Umlage einen Solidarausgleich zwischen den 14 Gemeinden bewirkt.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) spricht in seiner Funktion als Vorsitzender des Bay. Gemeindetages. Er bezeichnet den Landkreishaushalt als grundsolden Haushalt, der einen stabilen Kreisumlagehebesatz vorsieht. Kritisch habe man die Mehraufwendungen beim Personal, Jugendhilfeetat und bei der Bezirksumlage im Blick. Er befürchtet Mehrbelastungen für die Kommunen, sollte die Einkommensteuerbeteiligung weiter sinken, Ausgleichszahlungen von Bund und Land für die Ausfälle der Gewerbesteuer nicht mehr erfolgen und die Aufwendungen weiterhin kontinuierlich ansteigen. Bund und Land sollten daher Gelder zur Verfügung stellen, um den sich abzeichnenden Spagat in Zukunft abzumildern. Darüber hinaus seien die Spitzenverbände gefragt, den Abgeordneten in Bund und Land die sich jetzt abzeichnenden Fehlstellungen aufzuzeigen.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass der Bay. Landkreistag diese Themen immer wieder an die Landes- und Bundeebene adressiere, um die Entwicklung und dauerhafte Finanzierung, insbesondere im Sozialbereich, deutlich zu machen.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) ist der Meinung, dass dringend mehr Geld auf kommunaler Ebene gebraucht werde und die Verteilung zwischen Bund, Land und Kommune überdacht werden müsse.

Der Landkreishaushalt sei sehr fair kalkuliert und solide finanziert. Zur Entwicklung des Schuldenstandes macht er deutlich, dass die Grafik die Wirklichkeit nicht wiedergebe. Maßnahmen, wie ein viertes Gymnasium, der Neubau des Realschulgebäudes und die Sanierungen der Schulturnhallen seien hier nicht berücksichtigt. Offensichtlich werde der Landkreis in eine größere Verschuldung gehen müssen. Nachdem sich ankündigt, dass die Bezirksumlage steigen wird und höchstwahrscheinlich auch die Ausgleichszahlungen für die kommunalen Haushalte wegfallen werden, glaubt er, dass der Landkreis 2023 das größere Problem haben werde.

Der **Vorsitzende** erwidert, die grundsoldige Ausgangslage ermöglicht es dem Landkreis, trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen, die großen Investitionen anzugehen. Die Sorge der Entwicklung teile er dennoch.

Kreisrat Friedrich Biegel (FW) ist mit dem Haushalt einverstanden. Er spricht die Mehraufwendungen beim Personal an. Aufgrund der steigenden Aufgaben müsse man aber „in den sauren Apfel beißen“ und das benötigte Personal zur Verfügung stellen. Er findet die Diskussion darüber, dass man als Bürgermeister abstimmt, obwohl man als Kreisrat im Gremium sitzt, nicht nachvollziehbar. Wenn Zirndorf eine Umlagekraftsteigerung in dieser Größenordnung hat, müsse Zirndorf diese Last tragen.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) bekräftigt noch einmal, dass der Kreishaushalt völlig in Ordnung sei. Er mahne die Systematik an und die immer neuen „Rundum-sorglos-Pakete“ der Politik. Er bittet um Nachsicht bei den Kollegen.

Der **Vorsitzende** entgegnet, durch einen gemeinsamen politischen Aufschlag der Landkreisbürgermeister und des Landrats würde man mehr politische Wirkung erzielen, als durch das angekündigte Abstimmungsverhalten.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) erklärt, diesen Vorschlag werde man von Seiten des Gemeindegats gerne annehmen.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) schließt sich den Vorrednern an. Die Kommunalfinanzen seien unterfinanziert, da brauche es Anpassungen. Seine Fraktion stimme dem Haushalt zu, insbesondere die Stellenmehrungen halte man für sinnvoll. Er verweist auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, die im Stellenplan ausgewiesenen zusätzlichen Stellen beim Allgemeinen Sozialdienst/Pflegekinderdienst unbefristet auszuschreiben. Die Bereitschaft zur Investition und Schuldenaufnahme halte man für geboten und sinnvoll.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) erklärt, dass die CSU-Fraktion sowohl den Stellenplan als auch den Haushalt mittrage. Bezugnehmend auf das Abstimmverhalten von Kreisrat Zwingel, weist sie auf die Verantwortung von Kreistagsmitgliedern hin, im Sinne des Landkreises zu handeln. Sie bittet ihn, seine Entscheidung zu überdenken. Abschließend spricht sie die wichtigen Investitionen in die Landkreisschulen an und die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Haushalt des Landkreises, wie das Defizit im Jugendbereich und verschiedene Stellenmehrungen.

TOP 3.2 Anträge zum Haushalt 2022

TOP 3.2.1 Antrag Fraktion B´90 Die Grünen vom 12.01.2022; Servicestationen für Radfahrer an Schulen

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) begründet den Antrag, der Anregung sein soll, in Sachen Infrastruktur und fahrradfreundliche Kommune voranzukommen. Man sei mit der Vorgehensweise der Verwaltung einverstanden, zunächst den tatsächlichen Bedarf an den Schulen abzufragen und die passende Lösung anzugehen.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) meint, dass der Antrag in die falsche Richtung geht. Es müsse darauf geachtet werden, dass möglichst viele einen Nutzen haben. Aufgrund der kurzen Strecken im Landkreis Fürth brauche der Radler kaum Lademöglichkeiten. Außerdem sei der Aufwand für Lade- und Servicestationen für E-Bikes unverhältnismäßig hoch. Zielsetzung müssten an den Schulen Vandalismus- und diebstahlsichere Fahrradanlagen sein.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Ziel des Radverkehrskonzepts sei auch, den Service für die Radfahrer zu verbessern. Daher sollte die Verwaltung prüfen, was möglich und vor allem auch nötig ist. Denn wie Kollege Bischoff ausgeführt habe, gebe es nur wenige Schülerinnen und Schüler, die mit einem E-Bike unterwegs seien. Auch sie sieht das Problem eher beim Vandalismus und Diebstahl.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, er habe aus den Wortmeldungen entnommen, dass der Ausschuss den Beschlussvorschlag der Verwaltung mitgehen könne.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Schulen die dortigen Bedarfe abzustimmen und Umsetzungsmöglichkeit zu entwickeln und dabei auch die diskutierten Aspekte zu betrachten. Zusätzlich soll in die Berichterstattung der aktuelle Stand der Radverkehrsanlagen sowie der Umrüstungsbedarf aufgenommen werden.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit den Schulen die dortigen Bedarfe und Umsetzungsmöglichkeit zu entwickeln und abzustimmen und mögliche Förderoptionen zu prüfen und in 2023 umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird die erforderlichen Haushaltsmittel für den Haushalt 2023 anmelden.
3. Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2022 von 12.01.2022 ist damit erledigt.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 3.2.2 Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP zum Stellenplan

Zum Stellenplan liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke/ÖDP vor, die zu schaffenden Stellen für den Allgemeinen Sozialdienst und den Pflegekinderdienst unbefristet in den Stellenplan aufzunehmen.

Stephan Thirmeyer (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) begründet die Befristung dieser Stellen. Ausgehend von den Ergebnissen der Personalbemessung für das Jugendamt leiten sich bei zweijähriger Betrachtung die erforderlichen Stellen für die Erledigung dieser Aufgaben ab. Aufgrund der Corona-Pandemie sei jedoch nicht absehbar, ob die zusätzlichen Bedarfe dauerhaft bleiben oder nach der Pandemie möglicherweise wieder wegfallen. Die Befristung für zwei Jahre ermögliche es der Verwaltung, die Stellen für den Allgemeiner Sozialdienst sowie für den Pflegekinderdienst aufzubauen. Sollte der Bedarf nicht stetig gegeben sein und aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr vertretbar, könne man die zusätzlichen Stellen sprechend wieder zurücknehmen.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) begründet den Antrag kurz. Der sozialpädagogische Bereich im Jugendamt sei massiv gewachsen. Insofern habe man keine Sorgen, die Beschäftigten unterzubringen, selbst wenn der Bedarf wegfiel. Seine Fraktion setze sich für ordentliche unbefristete Stellen ein, auch aus Fairness den Beschäftigten gegenüber.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) hat inhaltlich Sympathie mit dem Antrag, hält aber die Aussage von Herrn Thirmeyer für sehr schlagend. Wenn man in anderen Bereichen evidenzbasiertes Personalmanagements lobte, müsse man hier tatsächlich auch mitgehen. Wesentlich sei außerdem, dass aufgrund der Größe des Bereichs vorzeitig die Möglichkeit besteht, auf eine unbefristete Stelle zu wechseln.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass ein Wechsel auf eine unbefristete Stelle aufgrund der Größe des Personalpools sehr gut möglich ist.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) erwähnt die problemlose Besetzung von befristeten Stellen im Sozialbereich und dass aufgrund der Corona-Pandemie nicht absehbar sei, ob diese zusätzlichen Stellen dauerhaft benötigt werden. Sie vertritt die Meinung, diese Stellen vorerst befristet zu besetzen und den Vertrag zu verlängern, sollte sich die Lage ändern.

Es liegen keine weiteren Anträge zum Haushalt vor.

Im Ausschuss besteht Einverständnis, über die beiden Änderungsanträge gemeinsam abzustimmen.

Beschluss:

Änderungsantrag 1 (zu II.7 Allgemeiner Sozialdienst 36390010)

Der Kreistag möge beschließen:

Die im Stellenplan aufgeführten zu schaffende Stelle wird unbefristet ausgeschrieben.

Änderungsantrag 2 (zu II.8 Pflegekinderdienst 36390020)

Der Kreistag möge beschließen:

Die im Stellenplan aufgeführten zu schaffenden Stellen werden unbefristet ausgeschrieben.

Mehrheitlich abgelehnt Ja 1 Nein 11

TOP 3.3 Stellenplan 2022

9:36 Uhr Kreisrat Zwingel verlässt den Sitzungssaal

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt dem Stellenplan in der vorliegenden Form zu.
2. Zusätzlich werden nachfolgend aufgeführte Stellen neu ausgewiesen und mit den erforderlichen Mitteln in den Haushalt 2022 eingestellt:

a) Produktkonto Nr.: 1117 2000 1,0 EG 10 TVöD Gebäudewirtschaft	50.198 €
b) Produktkonto Nr.: 1117 3000 1,0 EG 7 TVöD Gebäudewirtschaft	50.801 €
c) Produktkonto Nr.: 1118 2000 0,20 EG 9a TVöD Kommunale Angelegenheiten, Staatl. Rechnungsprüfung und Zentrale Vergabestelle	7.177 €
d) Produktkonto Nr.: 3631 1300 0,68 EG S 12 SuE Jugendamt	43.451 €
e) Produktkonto Nr. 3631 2100 0,5 EG S 12 SuE Jugendamt	23.980 €
f) Produktkonto Nr. 3639 0000 0,13 EG 8 TVöD Jugendamt	7.537 €
g) Produktkonto Nr. 3639 0010 1,0 EG S 14 SuE Allgemeiner Sozialdienst (kw-Vermerk) 0,77 EG S 12 SuE Allgemeiner Sozialdienst (kw-Vermerk)	48.965 € 36.892 €
h) Produktkonto Nr. 3639 0020 2,0 EG S 14 SuE Pflegekinderdienst (kw-Vermerk)	97.930 €
i) Produktkonto Nr. 1118 1200 1,0 EG 10 TVöD Öffentliche Sicherheit und Ordnung	72.580 €
j) Produktkonto Nr. 1220 1000 0,13 EG 9b TVöD Öffentliche Sicherheit und Ordnung	9.538 €
k) Produktkonto Nr. 1224 1000	

- 0,50 EG 8 TVöD Verkehrswesen, Straßen- und Wegerecht	- 25.513 €
l) Produktkonto Nr. 1224 3000 1,0 EG 6 TVöD Verkehrswesen, Straßen- und Wegerecht	36.924 €
m) Produktkonto Nr. 4120 0000 1,0 EG 9c TVöD Gesundheitsamt	48.004 €
n) Produktkonto Nr. 5113 0000 0,50 EG 11 TVöD Bauleitplanung, Bauordnung, Denkmalschutz – Technik	38.167 €
o) Produktkonto Nr. 5221 1000 0,10 EG 7 TVöD Wohnungswesen	5.610 €
p) Produktkonto Nr. 5611 0000 0,50 EG 9a TVöD Umwelt- und Naturschutz – Recht	9.444 €
q) Produktkonto Nr. 3430 0000 1,0 A 10 BayBesG Betreuungsstelle und FQA (Heimaufsicht)	Ansatz bereits vorhanden
r) Produktkonto Nr. 1220 1000 1,0 A 10 BayBesG Öffentliche Sicherheit und Ordnung	28.126 €

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 3.4 Beschlussempfehlung über den Landkreishaushalt 2022

Beschluss:

Mit den unter TOP 3.1 bis 3.3 gefassten Beschlüssen empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Verabschiedung des Kreishaushalts 2022.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 4 Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP vom 26.11.2021 zur Errichtung eines Behindertenrats

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) weist auf das Grundbegehren des Antrags hin, in der Behindertenpolitik zu dem Grundsatz „Nichts über uns, ohne uns!“ zu kommen. Der Aufschlag orientiere sich sehr nah an den Strukturen der Stadt Fürth. Die Fraktion sei offen, was die konkrete Ausgestaltung von Beteiligungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen betreffe.

Zum Thema Mitwirkung merkt der **Vorsitzende** an, dass das Zuhören und der Dialog mit Menschen mit Behinderungen stattfinden. Beispielhaft nennt er die intensive Diskussion und umfassende Beteiligung der Behindertenverbände beim Thema barrierefreier ÖPNV im Landkreis.

Kreisrat Thomas Zehmeister CSU) spricht die Unterschiede zwischen einer kreisfreien Kommune, dem Landkreis und dem Bezirk (Eingliederungshilfe rd. 700 Mio. €) an, die nicht ignoriert werden könnten. Folgerichtig habe der Bezirk Mittelfranken auch einen Behindertenbeirat. Die

gesetzliche Vorgabe eines Behindertenbeauftragten bezeichnet er als völlig ausreichend an. Er sehe die Zusammenarbeit des neuen Behindertenbeauftragten mit den Kommunen und den dortigen Behindertenvertretern sehr positiv. Aufgabe der Kreisräte sei es, alle Kreisbewohner zu vertreten und bei den Entscheidungen in der Gesamtheit abzuwägen. Er ist gegen den Antrag.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass der neue Behindertenbeauftragte Herr Siegling selbst von einer Behinderung betroffen sei. Er begrüßt außerordentlich den Ansatz der Arbeit des Behindertenbeauftragten, auf die Kommunen des Landkreises und die dortigen Behindertenvertreter zuzugehen und eine Vernetzung herzustellen, ähnlich der Arbeitsgemeinschaft Senioren.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) dankt Kreisrat Zehmeister für die differenzierte Schilderung. Der Bezirk habe das Thema tatsächlich als Schwerpunkt und der Vergleich mit der Stadt Fürth hinke. Er sehe den Behindertenrat gemäß dem Antrag als Formalisierung der Teilhabe, die echter Teilhabe eher im Wege stehe. Auch er ist der Meinung, man sollte dem Behindertenbeauftragten die Chance der Gestaltung von Teilhabe in den Sozialräumen im Landkreis geben. Der Landkreis sei in Sachen Inklusion gut unterwegs. Zudem seien Kreisräte die Vertreter aller Kreisbewohner und brächten teils persönliche Betroffenheit ein. Die SPD-Fraktion lehne den Antrag ab.

9:46 Uhr Kreisrat Thomas Zwingel wieder anwesend

Kreisrat Christian Löbel erwidert, es mache durchaus Sinn, marginalisierten unterrepräsentierten Gruppen Gehör zu verschaffen und formalisierte Beteiligung, Mitsprache und Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben. Inklusion und die Arbeit von und mit Menschen mit Behinderungen sei ein Querschnittsthema, dass in allen Bereichen der Beschlussfassung eine Rolle spielt.

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) zeigt auf, dass das Thema zwar wichtig sei, der Antrag aber nicht den Mehrwert gegenüber den jetzigen Strukturen erkennen lasse. Dem Kommunalen Behindertenbeauftragten solle der Auftrag gegeben werden, die Vernetzung mit den Kommunen umzusetzen und Strukturen zu schaffen, die das Thema adäquat aufgreifen, ähnlich der Arbeitsgemeinschaft Senioren im Landkreis.

Es wird über den weitergehenden Beschluss abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreisausschuss begrüßt eine Vernetzung des Kommunalen Behindertenbeauftragten mit lokalen Akteuren in den Gemeinden ähnlich der bewährten Arbeit der Koordinationsstelle für Seniorenangelegenheiten. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, an diesem Vorgehen festzuhalten und darüber hinaus den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 1

TOP 5 Anfragen

Kreisrat Friedrich Biegel (FW) fragt, ob sich der Landkreis zur Änderung des Art. 41a Landkreisordnung, hinsichtlich hybride Sitzungen, Gedanken gemacht hat.

Der **Vorsitzende** antwortet, die Landkreisverwaltung habe das Thema der hybriden Sitzungs-führung vor dem Hintergrund der Pandemiesituation intensiv geprüft. Technisch sei es grundsätzlich möglich. Eine hybride Sitzung würde aber den Sitzungsablauf deutlich verändern. Starke Bedenken gebe es, wer die Verantwortung trägt, wenn sich jemand technisch nicht einloggen kann. Ein weiterer Aspekt seien die nichtöffentlichen Sitzungen und die Sicherstellung der Nichtöffentlichkeit des Gremiumsmitglieds zu Hause. Daher habe die Verwaltung von einer Än-

derung der Geschäftsordnung Abstand genommen und würde die Sitzungen der Kreisgremien unter Beachtung der Corona-Regelungen, die der aktuellen Lage entsprechen, so beibehalten. Für die geplante Erweiterung des Landratsamtsgebäudes habe man die technische Ausstattung für Hybridsitzungen und die Übertragung von Sitzungen per Stream im Blick.

Landrat Matthias Dießl schließt um 09:59 Uhr die 10. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 28.02.2022

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in